

Antrag

der Abgeordneten Christa Lörcher, Christel Hanewinckel, Ingrid Becker-Inglau, Anni Brandt-Elsweiler, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Arne Fuhrmann, Uwe Göllner, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hagemann, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Hans-Ulrich Klose, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Klaus Lohmann (Witten), Dorle Marx, Ursula Mogg, Dr. Edith Niehuis, Dr. Hansjörg Schäfer, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Angelica Schwall-Düren, Lisa Seuster, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Uta Titze-Stecher, Verena Wohlleben, Hildegard Wester, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Gewalt gegen Ältere – Prävention und Intervention

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Gewalttätige Handlungen gegen ältere Menschen im familiären und im sozialen Nahbereich werden bisher in Wissenschaft und Forschung weitgehend vernachlässigt; ungefähre Dimensionen sind kaum öffentlich bekannt oder bewußt, wenig wissenschaftlich erforscht. Im Altenbericht und den bisherigen Familienberichten der Bundesregierung wird zum Thema Risiken für Ältere durch Gewalt in ihren verschiedenen Formen wenig ausgesagt. Mißhandlungen und Vernachlässigung pflegebedürftiger Menschen muß entgegengewirkt werden; dazu müssen die Straftatbestände Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Nötigung bei der Pflege und Betreuung Älterer in ihrer Dimension erforscht, Präventions- und Interventionsmaßnahmen erarbeitet werden.

Seit über einem Jahr gibt es Erfahrungen mit der Pflegeversicherung im ambulanten Bereich; der weitaus größte Teil der Pflegetätigkeit in der häuslichen Pflege wird von Angehörigen und Menschen aus dem sozialen Umfeld geleistet – seit 1. April 1995 gibt es dafür Leistungen bei Pflegestufe I, II, und III (Geld- oder Sachleistungen oder eine Kombination von beidem). Bei der oft schweren und zeitintensiven Pflege im häuslichen Bereich gibt es verschiedenste Ursachen und Bedingungsfaktoren für die Entstehung von Gewalt; diese sind zu untersuchen, damit Präventionsmaßnahmen – Hilfen und Entlastung für die Pflegenden zu Hause – entwickelt und gestärkt werden können.

Andere europäische und außereuropäische Länder sind uns im Hinblick auf Ursachenerforschung, Prävention und Intervention voraus; dies verdeutlichte insbesondere die Fachtagung „Gewalt gegen Ältere zu Hause“ am 11. und 12. März 1996 in Bonn. Diese Defizite sind aufzuarbeiten und geeignete Handlungsstrategien – hier können wir von den Erfahrungen aus anderen Ländern lernen – zur Verringerung und Vermeidung von Gewalthandlungen gegenüber Älteren zu entwickeln.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. eine wissenschaftliche Untersuchung zur Gewalt gegen ältere Menschen

- im außerhäuslichen Bereich,
- in stationären und teilstationären Einrichtungen der Altenhilfe,
- im häuslichen Bereich,
 - durch fremde Personen,
 - durch Personen aus dem familiären oder nachbarschaftlichen Bereich,

in Auftrag zu geben

und dem Deutschen Bundestag bis zum 31. März 1998 einen Bericht über

- die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung bezüglich des erforschten Gewaltpotentials sowie
- die von wissenschaftlicher Seite vorgeschlagenen Möglichkeiten für Präventions- und Interventionsmaßnahmen im Bereich der Gewalt gegen Ältere

vorzulegen;

2. Möglichkeiten präventiver Maßnahmen für die Pflege im häuslichen Bereich, wie sie z. B. durch die im Pflegeversicherungsgesetz § 45 vorgeschlagenen Pflegekurse gegeben sind, mit den dafür Verantwortlichen verstärkt durchzusetzen und Qualitätsstandards für solche Kurse festzusetzen, damit möglichst viele Pflegende an diesen Kursen teilnehmen und die Kurse über die Vermittlung von Pflegetechnik hinaus eine psychosoziale Stabilisierung der Situation für Pflegende und Pflegebedürftige bewirken können;
3. Möglichkeiten der Prävention für den außerhäuslichen und den häuslichen Bereich, die bei uns und in anderen Ländern erforscht und erprobt werden, ernstzunehmen und ihre Verwirklichung durch entsprechende finanzielle Mittel im Haushaltsplan auf den Weg zu bringen und zu fördern;
4. Möglichkeiten der Intervention – wie z. B. aus Erfahrungen und Strategien in den Niederlanden, in Schweden und den USA bekannt – für die Situation bei uns zu überprüfen und

wirksame Methoden der Intervention gemeinsam mit den in der Altenhilfe verantwortlichen Beschäftigten, Gremien, Institutionen und Gebietskörperschaften zu entwickeln sowie Maßnahmen für eine baldige Realisierung zu initiieren.

Bonn, den 26. September 1996

Christa Lörcher
Christel Hanewinckel
Ingrid Becker-Inglau
Anni Brandt-Elsweiler
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Arne Fuhrmann
Uwe Göllner
Angelika Graf (Rosenheim)
Klaus Hagemann
Ingrid Holzhüter
Barbara Imhof
Hans-Ulrich Klose
Walter Kolbow
Horst Kubatschka
Klaus Lohmann (Witten)

Dorle Marx
Ursula Mogg
Dr. Edith Niehuis
Dr. Hansjörg Schäfer
Dagmar Schmidt (Meschede)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Lisa Seuster
Wieland Sorge
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Uta Titze-Stecher
Verena Wohlleben
Hildegard Wester
Hanna Wolf (München)
Rudolf Scharping und Fraktion

